

# Bomben, Hunger, Seuchen

**NAHOST** Mehr als 1,9 Millionen Menschen sind in Gaza auf der Flucht. Der lokale Chef des Uno-Palästinenserhilfswerks wirft Israel vor, das humanitäre Völkerrecht zu ignorieren.

**D**ass der Pressestab eines großen Uno-Flüchtlingshilfswerks den eigenen Missionschef über Tage nicht erreichen kann, ist außergewöhnlich. Mehrfach verschieben die Mitarbeiter von Tom White, dem Direktor von UNRWA in Gaza, ein geplantes Gespräch mit ihm. Als es am Dienstag schließlich klappt, funktioniert erst eine Videoverbindung. Dann bricht das Netz zusammen und reicht anschließend nur noch, um die Stimmen zu übertragen.

Was der australische Uno-Veteran sagt, klingt wütend, aber seine Stimme bleibt nüchtern. Er äußert drastische Kritik: »Wir wissen, dass die Hamas inmitten der zivilen Infrastruktur kämpft«, sagt er. Doch das sei keine Rechtfertigung für eine derart vernichtende Kriegführung, in der Tausende Tonnen Bomben und Raketen Gazas Norden bereits bis zur Unbewohnbarkeit zerstört haben: »Ich wähle meine Worte sorgfältig. Israel ignoriert das humanitäre Völkerrecht und seine Schutzverpflichtung gegenüber Zivilisten, von denen unverhältnismäßig viele zu Tode kommen.«

Fast drei Monate sind vergangen seit dem Terrorangriff der Hamas und anderer Extremistengruppen am 7. Oktober auf israelische Ortschaften, bei dem etwa 1200 Menschen massakriert und über 240 als Geiseln verschleppt wurden. Seit fast drei Monaten führt Israel Krieg gegen die Hamas in Gaza. Mehr als 21.000 Menschen sind dabei laut Angaben des von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministeriums getötet worden, davon zwei Drittel Frauen und Kinder – Zahlen, die von internationalen Organisationen für glaubwürdig gehalten werden. Die israelische Armee gibt an, 8000 Terroristen getötet zu haben. Diese Woche kündigte sie an, dass der Krieg noch »viele Monate« weitergehen werde.

Am Freitag vergangener Woche ist im Weltsicherheitsrat eine Resolution zum Krieg in Gaza verabschiedet worden: Israel, so hieß es darin, müsse »unverzüglich einen sicheren und ungehinderten humanitären Zugang« für Hilfslieferungen nach Gaza schaffen. Der Inhalt war im Tausch für eine Enthaltung der Vetomacht USA abgeschwächt worden. Die ursprüngliche Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe ist nicht mehr enthalten.

»Aber selbst 100 Lastwagen am Tag sind nicht das, was wir am dringendsten benötigen«, sagt UNRWA-Chef White: »Wir brauchen eine Waffenruhe!« Denn wie sonst solle man Nahrungsmittel, Trinkwasser, Medikamente, Treibstoff im Gazastreifen verteilen, wenn die Fahrer von Hilfskonvois dort unter Beschuss geraten, Israels Luftwaffe in Gaza weiter bombardiert? »Zumal, wenn sämtliche Telefonnetze, die noch nicht zerstört sind, immer wieder gekappt werden, wir unsere Fahrer nicht erreichen, warnen können?«

Am Tag, als die Beratungen im New Yorker Uno-Hauptquartier zur Resolution des Sicherheitsrats führten, dem 22. Dezember, befahl Israels Armeeführung weiteren 150.000 Menschen im mittleren Abschnitt Gazas die sofortige Flucht – nach Deir al-Balah in der Nähe. Dies sei ein »sicherer Ort«. Doch ab demselben Abend, als in New York abgestimmt wurde, wurde dort über Stunden bombardiert. »Es gab 70 Tote in einem einzigen mehrstöckigen Wohnhaus an Heiligabend, viele waren gerade erst dorthin geflohen«, sagt White: »Die israelische Armee schickt Menschen in Gebiete, die andauernden Luftangriffen ausgesetzt sind. Die Leute können nirgends hin. Aber es sind Menschen, keine Schachfiguren.« Eine Analyse der »New York Times« bestätigte vergangene Woche, dass Israels Armee Bomben in großem Stil auch in Gegenden einsetzt, die zuvor als sicher deklariert worden waren.

UNRWA, das »Hilfswerk der Uno für Palästina-Flüchtlinge«, war schon vor dem Krieg verantwortlich für die Versorgung der knapp 2,3 Millionen Menschen im abgeriegelten Gazastreifen. Zumindest jener, die keinen Job hatten, nicht zum Verwaltungsapparat gehörten. Oder direkt zur Hamas. Oder zu dem glücklichen etwa einen Prozent, das eine befristete Arbeitsgenehmigung für Israel besaß.

## »Israel setzt Nahrung und Wasser als Waffen ein.«

Tom White, UNRWA-Chef in Gaza

Das Hilfswerk wurde 1949 gegründet, nach der Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern. Politisch zwischen allen Stühlen zu sitzen, misstrauisch akzeptiert von der Hamas wie von Israels Regierung, war für die Uno-Unterorganisation schon vor dem 7. Oktober normal. In diesem Krieg bombardiert Israels Armee jedoch auch UNRWA-Einrichtungen – mit der Begründung, die Hamas operiere von dort aus.

White hält fest: Über jeder Schule, jedem Lagerhaus, jedem Komplex von UNRWA wehe die Uno-Flagge. Die Gebäude seien weiß gestrichen, blau markiert. »Israel hat sämtliche Koordinaten«, sagt er, und trotzdem seien bei 180 direkten Angriffen oder Einschlägen in der Umgebung 300 Menschen umgekommen, die in UNRWA-Einrichtungen Schutz gesucht hatten. Ebenso wie mehr als 130 UNRWA-Angestellte, von denen viele mit ihren Familien zu Hause gewesen seien, als sie bombardiert wurden.

Israels Premier Benjamin Netanyahu hat die Frage nach dem Ziel des Krieges nie konkret beantwortet: Die Zerstörung der Hamas, das ist der Slogan. Aber hieße das, bis zur Tötung der kompletten Führungsebene? Bis zum letzten Kämpfer? Und wer soll Gaza anschließend politisch kontrollieren, seine Bevölkerung versorgen?

Zwar sei der Krieg Israel aufgezwungen worden, schrieb der israelische Rechtsprofessor und ehemalige Generalmajor Yishai Beer in der liberalen Zeitung »Haaretz«, doch weite Teile der israelischen Bevölkerung wollten einen Rachefeldzug: »Die Rufe, Gaza zurück in die Steinzeit zu bomben, alle Bewohner umzubringen, sind amoralisch und unprofessionell.« Die Geiseln werde es nicht retten. Und angesichts des Umstands, dass »die meisten Hamas-Kämpfer sich in Tunneln verstecken, was ist das militärische Ziel, oberirdisch alles plattzumachen?«

Schon am 9. Oktober verkündete Israels Verteidigungsminister die vollständige Belagerung Gazas: Keine Nahrungsmittel, kein Strom, kein Treibstoff kämen mehr hinein. Hilfslieferungen über Ägypten deckten anfangs etwa 5 Prozent, im Dezember knapp 20 Prozent des Bedarfs. Treibstoff kam bis zum 15. November überhaupt nicht durch.

Mittlerweile können die mehr als 50.000 Verletzten in den letzten 9 rudimentär funktionierenden von einst 36 Krankenhäusern kaum noch versorgt werden. Die Menschen würden nicht nur an medizinischem Mangel sterben, warnte vor Kurzem der Nothilfe-Koordinator der Weltgesundheitsorganisation WHO, Sean Casey: »Sie verhungern und verdursten.« 93 Prozent der Menschen in Gaza litten nach der letzten WHO-Erhebung unter Hunger. Seit Mitte Oktober sind laut WHO 100.000 Durchfallerkrankungen gemeldet worden, die Hälfte bei Kleinkindern unter fünf Jahren, 25-mal so viele wie vor dem Krieg. Ähnlich rasant gingen die Zahlen für Lungenentzündungen und für Hepatitis nach oben.

Sie hätten seit einem Monat vor genau dieser Situation gewarnt, sagt James Elder, Sprecher des Kinderhilfswerks Unicef: »Jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, an dem Kinder gleichermaßen absolut tödlichen Angriffen aus der Luft wie durch Krankheiten am Boden ausgesetzt sind. Die Mangelernährung wird fatal, der Zugang zu sauberem Trinkwasser liegt bei fünf Prozent von dem, was er sein sollte, auf 700 Menschen kommt eine Toilette. Kombiniert man diese Elemente mit dem Regen, werden wir Krankheitsausbrüche erleben, die Kinder im selben Ausmaß töten wie die wahllosen Angriffe. Wir stehen vor einem »Perfect Storm« der Krankheiten, selbst wenn die Luftangriffe aufhören würden.« Was nicht der Fall sei.

Seit Oktober hat der SPIEGEL versucht, mit Bewohnern Gazas in Kontakt zu bleiben. Al-Mikdad Dschamil, ein 29-jähriger Jurist aus dem Lager Schati im Norden Gazas, gehört zu den wenigen, die Ende Dezember noch erreichbar sind. Mehrfach sei er mit seiner Frau, der 14 Monate alten Tochter und weiteren Verwandten weiter Richtung Süden geflohen, erzählt er in einem Gespräch über WhatsApp, das zwischendurch unterbrochen wird von einem Freund. Der warnt ihn, er möge vom Dach heruntergehen: Es gebe einen israelischen Evakuierungsbefehl, weil bald Gebäude in der Nachbarschaft bombardiert würden. Dschamil will trotzdem weitersprechen.

»Unser Leiden im Gazastreifen hat sich aufgeteilt«, sagt er: Im Norden sei die Gefahr extrem, von Bomben getroffen oder von Panzern beschossen zu werden, »aber weil nur noch so wenige Menschen da sind«, sei es dort leichter, Nahrung oder Wasser zu finden. Im Süden, wo er jetzt sei, »haben wir nicht genug für alle«. Mehl koste fünfmal so viel wie früher, eine Gasflasche zum Kochen mehr als das Zehnfache.

1,9 Millionen der 2,3 Millionen Menschen sind seit dem 7. Oktober vertrieben worden, oft mehrfach. Rafah, die südlichste Stadt Gazas, hatte vor dem Krieg 280.000 Einwohner, »jetzt drängen sich hier über eine Million Menschen«, warnt UNRWA-Chef White, »und es kommen immer mehr. Auf immer kleinerem Raum werden immer mehr Menschen zusammengetrieben, während auch diese Stadt fortwährend weiter bombardiert wird. Aber nichts in Rafah reicht aus für so viele, nicht die Wasserversorgung, nicht die Kanalisation, nicht einmal der Platz, um Zelte aufzustellen. Daran ändert auch kein Anstieg der Hilfslieferungen etwas.«



**Essensausgabe an Bedürftige in Rafah am 21. Dezember:** Nicht genug für alle

Am 17. Dezember öffnete Israels Regierung einen zweiten Grenzübergang für Hilfstransporte im Süden. Die kurze Route von der Grenze bis zum UNRWA-Lagerkomplex wurde von lokalen Polizisten bewacht, damit keine Plünderer die Konvois überfielen. Formal gesehen gehörten sie zur Verwaltung und unterstanden damit der Hamas-Regierung. »Eine israelische Drohnenattacke brachte vier von ihnen um«, sagt White, »der dritte Drohnenangriff innerhalb weniger Tage am Grenzübergang.« UNRWA setzte die Hilfslieferungen vorübergehend aus. Als sie wieder aufgenommen werden sollten, standen keine Lastwagen vor dem Tor, sondern deportierte palästinensische Gefangene aus Israel, so White: »110 Männer, traumatisiert, viele krank oder mit ernsthaften Verletzungen. Statt unseren Konvoi abfertigen zu können, waren wir einen halben Tag lang beschäftigt, sie zu versorgen.«

White sagt, er kenne andere Situationen, in denen Zivilisten zwischen den Fronten eines Krieges gefangen waren, habe im syrischen Rakka die Kämpfe zur Befreiung vom »Islamischen Staat« erlebt: »Aber hier in Gaza hätten wir die ganze Zeit mühelos Tausende Lastwagen über die Grenze bringen können. Deshalb komme ich zur Folgerung, dass Israel absichtlich Nahrung und Wasser als Waffen in diesem Krieg einsetzt«, also: deren Vorenthalten.

Kurz vor Weihnachten schaffte es Tom White bis ins Nasser-Krankenhaus in Chan Junis im Süden Gazas, wo Ärzte »über Leichen von Kindern steigen, um andere Kinder zu behandeln, die wahrscheinlich auch sterben werden«. So beschrieb es der medizinische Teamleiter von Ärzten ohne Grenzen, die unter Beschuss dort weiterarbeiten. Am Tag vor Whites Besuch sei ein 13-jähriges Mädchen hier umgekommen, das den Beschuss seines Hauses überlebt hatte – anders als seine Eltern und zwei Brüder.

White sagt, er habe nach einem UNRWA-Fahrer geschaut, der schwer verletzt eingeliefert worden war: »Der hatte Glück, sein zerschmettertes Bein war geschient, auch wenn er sich vor Qualen wand, weil es kaum noch Schmerzmittel gibt. Aber neben ihm lag ein 13-, 14-jähriger Junge auf dem Boden, dem die Ärzte schon sein rechtes Bein unterhalb des Knies amputiert hatten. Nun diskutierten sie, wie sie sein linkes Bein retten könnten.« Eine Panzergranate sei in seiner Nähe explodiert, während er auf der Suche nach Essen war. Sein Gesicht war übersät mit Splitterwunden. Zu seiner Mutter neben ihm sagte er: »Bitte, mach dir keine Sorgen! Ich werde bestimmt wieder losgehen und dann etwas zu essen finden!«

White sagt, das Bild des Jungen lasse ihn nicht los. »Was wird nur aus diesen Menschen?«

Asia Haidar, Christoph Reuter, Fritz Schaap